

Der Oberbürgermeister
Plauen, 09.02.2026

Niederschrift über die 12. Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses

Sitzung am: Donnerstag, den 15.01.2026
Sitzungsort: Sitzungszimmer 345

Beginn: 16:30 Uhr **Ende:** 18:09 Uhr

Anwesenheit:

Name	Bemerkung
------	-----------

Vorsitzender

Herr Bürgermeister Tobias Kämpf

Stimmberechtigtes Mitglied

Frau Heike Bertram
Frau Belinda Eißmann
Frau Cornelia Erhardt
Herr Frank Erhardt
Frau Yvonne Gruber
Herr Sebastian Heydel
Frau Steffi Liedtke
Herr Michael Petzold
Frau Diana Simon

Beratendes Mitglied

Frau Heidrun Bursee
Herr Christian Huster
Herr Sebastian Loik

Abwesenheit:

Name	Bemerkung
------	-----------

Beratendes Mitglied

Frau Evelin Horo	entschuldigt
Frau Christa Süß	entschuldigt

Mitglieder der Verwaltung:

Name	Funktion	Anwesenheitsgrund
Eric Hoffmann	Fachbereichsleiter Jugend/Soziales/Schulen/Sport	gesamte Sitzung
Heidi Seeling	Behinderten- und Ausländerbeauftragte	TOP 3
Simone Schurig	Leiterin Schul- und Sportreferat	gesamte Sitzung

Weitere Sitzungsteilnehmer:

Name	Anwesenheitsgrund
Marco Scholz, DKSB Ortsverband Plauen e.V.	TOP 2
Amely Kropfgans, Schülersprecherin Kemmler Oberschule	TOP 2
Leonie Rowan, Schülersprecherin Kemmler Oberschule	TOP 2
Sabine Schott, Freie Presse	Berichterstattung

Tagesordnung:

öffentlicher Teil:

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
- TOP 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- TOP 1.2 Tagesordnung
- TOP 1.3 Niederschrift über den öffentlichen Teil der 9. Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses am 18.09.2025
- TOP 1.4 Beantwortung von Anfragen
- TOP 1.5 Informationen des Bürgermeisters

- TOP 2 Vorstellung der Kinderkonferenz 2025 - Vortragende: Schülerinnen Amely Kropfgans und Leonie Rowan - Marco Scholz, Deutscher Kinderschutzbund Ortsverband Plauen e.V.

- TOP 3 Vorstellung der Arbeit der AG Behindertenhilfe sowie aktuelle Informationen zur Barrierefreiheit im Rathausgebäude - Vortragende: Heidi Seeling, Behinderten- und Ausländerbeauftragte

- TOP 4 Vorberatung
- TOP 4.1 Antrag der Fraktion Die Linke/Grüne - Prüfung Etablierung einer "Quartierschule" ab dem Schuljahr 2026/2027 -, Reg.-Nr. 87-25 - Stellungnahme der Verwaltung

- TOP 5 Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

öffentlicher Teil:

1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung

Die 12. Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses wird durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit von Herrn Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, eröffnet und geleitet.

Bürgermeister Kämpf begrüßt die Stadträte, sachkundige Einwohner, Mitarbeiter der Verwaltung, Gäste sowie Pressemitglieder und wünscht allen ein gutes neues Jahr 2026. Er freut sich weiterhin auf gute Zusammenarbeit wie im sozialen so auch im Bildungsbereich für die Stadt Plauen. Zudem begrüßt er Herrn Huster als neuen sachkundigen Einwohner in der Runde und wünscht eine gute Zusammenarbeit.

Gemäß aktueller Änderungen in § 39 SächsGemO weist Herr Bürgermeister Kämpf, darauf hin, dass eine Verletzung von Form oder Frist der Ladung eines Ausschussmitglieds als geheilt gilt, wenn das Mitglied zur Sitzung erscheint und den Mangel nicht spätestens bei Eintritt in die Tagesordnung der Sitzung geltend macht.

Mit Einverständnis des Bildungs- und Sozialausschusses werden zur Mitunterzeichnung der Niederschrift über die heutige Sitzung Stadträtin Cornelia Erhardt, AfD-Fraktion, und Fraktionsvorsitzender Michael Petzold, CDU-Fraktion, bestellt.

1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, stellt die Beschlussfähigkeit fest. Es sind 9 stimmberechtigte Mitglieder zu Beginn der Sitzung anwesend.

1.2 Tagesordnung

Es liegen keine Änderungsanträge, Fragen oder Hinweise zur Tagesordnung vor.

1.3 Niederschrift über den öffentlichen Teil der 9. Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses am 18.09.2025

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, stellt die inhaltliche Richtigkeit der Niederschrift über den öffentlichen Teil der 9. Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses vom 18.09.2025 fest.

1.4 Beantwortung von Anfragen

Es gibt keine offenen Anfragen aus der letzten Sitzung.

1.5 Informationen des Bürgermeisters

Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, hat keine weiteren Informationen.

2 Vorstellung der Kinderkonferenz 2025 - Vortragende: Schülerinnen Amely Kropfgans und Leonie Rowan - Marco Scholz, Deutscher Kinderschutzbund Ortsverband Plauen e.V.

Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, berichtet, dass die Kinder- und Jugendkonferenz mittlerweile eine etablierte Tradition darstelle, die insbesondere durch die federführende Organisation des Deutschen Kinderschutzbundes organisiert werde.

Er betont die Bedeutung der Jugendbeteiligung und erklärt, dass die Stadt Plauen die Konferenz jährlich unterstütze, um frühzeitig mit Kindern und Jugendlichen in den Dialog zu treten. Ziel sei es, die Interessen der jungen Generation stärker in die Arbeit des Stadtrates einzubringen und die Stadt für junge Menschen attraktiv zu gestalten.

Bürgermeister Kämpf begrüßt die beiden Schülersprecherinnen der Kemmler Oberschule Plauen Amely Kropfgans und Leonie Rowan, welche die Kinder- und Jugendkonferenz 2025 vorstellen werden sowie Herrn Scholz vom Deutschen Kinderschutzbund, der das Projekt begleitet hat.

Amely Kropfgans und Emely Rowan stellen die Kinder- und Jugendkonferenz der Stadt Plauen vor, die am 4. Juni 2025 stattgefunden habe. Sie berichten, dass die Konferenz an der Oberschule organisiert worden sei und ein Kurzfilm zur Einführung gezeigt werde. In diesem Film werde die Veranstaltung als Plattform für die Anliegen der Jugend beschrieben. Es werde erläutert, dass die Konferenz bereits zum dritten Mal vom Deutschen Kinderschutzbund organisiert worden sei. In verschiedenen Workshops seien Themen behandelt worden, die zuvor an den Schulen der Stadt diskutiert worden seien.

Der Kurzfilm ist über YouTube unter dem Link <https://youtu.be/QTFmwSolDoc> abrufbar.

Die Power Point Präsentation wird den Ausschussmitgliedern im Ratsinformationsportal zur Verfügung gestellt.

Rund 80 Jugendliche aus 10 Schulen haben an der Kinderkonferenz in 2025 teilgenommen. Die Veranstaltung diene dazu, den Schülern die Möglichkeit zu geben, sich über schulische und gesellschaftliche Themen auszutauschen und gemeinsam mit dem Bürgermeister Lösungsansätze zu entwickeln.

Der Tagesablauf habe aus drei Workshops bestanden, die sich mit den Themen Schutz in Schulen, Risiken und Umgang mit Social Media sowie einem direkten Austausch mit dem Bürgermeister befasst hätten.

Bei der Auswertung standen insbesondere die Themen Lehrermangel, Disziplin und Gewalt in der Schule, sicherer Schulweg in Bezug auf unzureichenden Bus- und Straßenbahnverbindungen, Sanierung der Schulen, insbesondere der Rückertschule, einheitliche Regelungen, Berufsorientierung und Praktika sowie Digitalisierung im Vordergrund.

Ein zentraler Schwerpunkt sei auch das Thema Schutzkonzepte an Schulen gewesen, das im Zusammenhang mit der Förderung von Kinderrechten stehe. Vertreter des Deutschen Kinderschutzbundes heben hervor, dass der Schutz von Kinderrechten ein zentrales Anliegen der Konferenz ist, wobei das Ziel darin besteht, Kinder in Plauen über ihre Rechte zu informieren und ein Bewusstsein dafür zu schaffen. Sie betonen die Notwendigkeit von Schutzkonzepten, um in Schulen

ein sicheres und gerechtes Umfeld zu schaffen, wobei die Einbeziehung der Schüler in die Entwicklung solcher Konzepte als essenziell erachtet wird. Die Diskussion verdeutlicht, dass ein Fokus auf Kinder- und Menschenrechte das Schulklima verbessern und zu mehr Gleichberechtigung führen kann.

Bürgermeister Kämpf bedankt sich für die Präsentation und hebt hervor, dass er den Tag als äußerst bereichernd empfunden habe. Er betont, dass der Austausch und die konkreten Erkenntnisse, die er mitnehmen konnte, von großem Wert seien.

Es war bemerkenswert zu erfahren, dass die Jugendlichen selbstkritisch mit der Nutzung digitaler Medien umgehen würden und die Gefahren wie Vereinsamung und Suchtverhalten erkennen. Dies sei ein wichtiges Signal, das auch die Elterngeneration berücksichtigen müsse.

Er betont die Notwendigkeit, dass Schulen sich intensiver mit der Thematik der digitalen Medien auseinandersetzen und Konzepte entwickeln, die sowohl die Vorteile der Digitalisierung berücksichtigen als auch Phasen der digitalen Abstinenz ermöglichen, um einen verantwortungsvollen Umgang mit diesen Technologien zu fördern.

Weiter thematisiert er die zentrale Rolle von Gewalt und Mobbing in der Diskussion und zeigt sich betroffen von den Erfahrungen der jungen Menschen. Er betont die Bedeutung von Zivilcourage, respektvollem Umgang und der Vorbildfunktion jedes Einzelnen, um Konflikte zu lösen und ein positives Miteinander im Klassenverband zu fördern, während er auch den Austausch über bestehende Probleme als essenziell für die Entwicklung von Lösungsansätzen hervorhebt.

Ferner erläutert Bürgermeister Kämpf, dass bauliche Verbesserungen an der Rückertschule geplant seien, welche jedoch mit Einschränkungen während der Bauphase verbunden sein werden, jedoch langfristig positive Effekte für die nächste Generation versprechen.

Fraktionsvorsitzender Michael Petzold, CDU-Fraktion, bedankt sich und äußert sein Bedauern über die Schwierigkeiten, die Erwachsene beim Zugang zu Schulen und Unterricht erleben, und ermutigt die anwesenden Jugendlichen, sich aktiv einzubringen und ihre Wünsche zu äußern. Er fragt die anwesenden Jugendlichen, ob sie spontane Wünsche oder Anregungen hätten, wie der Stadtrat sie unterstützen könne.

Beide Schülerinnen erklären, dass sie im Kreisschülerrat sowie im Präventionsrat aktiv seien und sich dort einbringen würden. Amely Kropfgans ergänzt, dass es darauf ankomme, ob Kinder überhaupt Interesse an einer Zusammenarbeit mit Erwachsenen hätten. Sie verweist auf eine Kinderrechtswahl, bei der keine große Beteiligung zu verzeichnen war.

Sebastian Loik, sachkundiger Einwohner, lobt die souveräne Präsentation und erkundigt sich nach der Wirksamkeit der Workshops und ob die dort behandelten Themen an die Schulen zurückgetragen wurden. Er möchte wissen, ob bereits Veränderungen spürbar seien, insbesondere an der Kemmler Oberschule.

Beide Schülerinnen berichten, dass dies in einer Klassensprecherkonferenz geschehen sei, jedoch an ihrer Schule keine größeren Probleme wie Gewalt oder Diskriminierung bestünden. Von den anderen Schulen liegen ihnen leider keine Rückmeldungen vor, die Weitergabe der Themen durch die Klassensprecher an die Schüler jedoch inzwischen besser funktioniere. Sie heben hervor, dass dies zu einer verbesserten Kommunikation und Umsetzung der besprochenen Inhalte geführt habe. Weiter ergänzen sie, dass im Kommunalen Präventionsrat derzeit an Konzepten gearbeitet werde, um Respekt an Schulen zu fördern.

Bürgermeister Kämpf fügt hinzu, dass die in den Workshops behandelten Themen sehr unterschiedlich seien und verschiedene Ebenen betreffen könnten, von einzelnen Klassen über die Schulleitung bis hin zur Landespolitik, etwa beim Thema Lehrermangel. Er berichtet, dass man den Schülern erkläre, dass nicht alle Probleme direkt vor Ort gelöst werden könnten, sondern teilweise an höhere Stellen weitergeleitet würden. Für die Zukunft sei geplant, Vertreter aus dem Landesjugendhilfeausschuss einzuladen, um die Themen auf einer höheren Ebene zu diskutieren.

Stadträtin Steffi Liedtke, Fraktion Die Grüne/Linke, erkundigt sich nach den teilnehmenden Schulen und möchte wissen, ob es sich bei den 10 genannten Schulen ausschließlich um Oberschulen handelt oder ob auch andere Schulformen vertreten waren.

Amely Kropfgans erklärt, dass sowohl Oberschulen, Gymnasien als auch BSZ Anne Frank teilgenommen hätten, jedoch keine Förderschulen.

Marco Scholz, Schulsozialarbeiter Kemmler Oberschule Plauen, ergänzt, dass alle weiterführenden Schulen ab Klasse 5 eingeladen worden seien, die Teilnahme jedoch von der Zustimmung der Schulleitungen abhängig war.

Stadträtin Liedtke fragt weiter, ob auch Schüler, die keine gewählten Vertreter seien, an der Konferenz teilnehmen könnten. Sie äußert die Vermutung, dass gewählte Vertreter tendenziell eine homogenere Gruppe darstellen könnten, die möglicherweise weniger Probleme habe als andere Schüler.

Amely Kropfgans und Leonie Rowan erklären, dass an ihrer Schule auch nicht gewählte Schüler die Möglichkeit gehabt hätten, teilzunehmen, und dass dies gut angenommen wurde. Zusätzliche Teilnehmer seien nur dann sinnvoll, wenn ein echtes Interesse bestehe.

Bürgermeister Kämpf hebt hervor, dass das bestehende Konzept gut funktioniere, da es auf Freiwilligkeit basiere und die Teilnehmer motiviert seien, sich einzubringen. Er betont, dass das Format so gestaltet sei, dass es den Schülern Spaß mache und sie ernst genommen würden, was wiederum andere Schüler motivieren könne, sich zukünftig zu engagieren.

Stadträtin Yvonne Gruber, Freie Bürgerliste Plauen, erkundigt sich, ob die Veranstaltung in diesem Jahr erneut stattfinden werde, und äußert ihre Besorgnis über das Thema Gewalt an Schulen. Sie fragt nach konkreten Beispielen für Ängste und Gewalt, die Schüler betreffen könnten.

Leonie Rowan erklärt, dass es nicht nur um körperliche, sondern auch um psychische Gewalt wie Mobbing gehe.

Amely Kropfgans ergänzt, dass Lehrer manchmal nicht eingreifen würden, entweder weil sie die Situation nicht mitbekämen oder sie für unbedeutend halten.

Stadtrat Sebastian Heydel, CDU-Fraktion, fragt nach, ob konkrete Vorfälle von Gewalt, insbesondere durch Lehrer, benannt worden seien und ob diesen nachgegangen werde.

Bürgermeister Kämpf erklärt, dass solche Themen sensibel behandelt werden müssten und dass es wichtig sei, konkrete Hinweise zu geben, um gezielt helfen zu können. Er betont, dass Schüler ermutigt würden, Probleme direkt bei Lehrern, Schulleitungen, Vertrauenslehrern oder über die Eltern anzusprechen. Der Kinderschutzbund habe zudem Möglichkeiten aufgezeigt, wie und wo Hilfe gesucht werden könne, falls die erste Instanz nicht ausreiche.

Stadträtin Heike Bertram, Fraktion SPD-Initiative Plauen, fragt, ob die Schüler während der Konferenz auch Lösungsansätze untereinander ausgetauscht hätten.

Leonie Rowan bestätigt, dass dies sowohl in den Workshops als auch in den Pausen geschehen sei. Sie betont, dass der Austausch hilfreich gewesen sei, um neue Perspektiven und Ideen zu gewinnen.

Stadträtin Bertram möchte wissen, ob mehr Zeit für dieses Format des Austausches notwendig sei.

Leonie Rowan antwortet, dass es sinnvoll wäre die Kinder- und Jugendkonferenz 1-2 im Jahr durchzuführen.

Bürgermeister Kämpf ergänzt abschließend, dass die große Konferenz einmal jährlich stattfinden solle, während über das Jahr hinweg kleinere Treffen mit den Schülersprechern geplant seien. Er betont, dass das Format auf verschiedenen Ebenen fortgeführt werde, um die Anliegen der Schüler effektiv aufzugreifen und Lösungen zu erarbeiten.

3 Vorstellung der Arbeit der AG Behindertenhilfe sowie aktuelle Informationen zur Barrierefreiheit im Rathausgebäude - Vortragende: Heidi Seeling, Behinderten- und Ausländerbeauftragte

Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, erläutert einleitend die Bedeutung der Arbeitsgruppe Behindertenhilfe und hebt deren konstruktive Arbeitsweise hervor. Er betont, dass die Arbeitsgruppe

aus Verwaltungsmitarbeitern, Stadträten sowie Vertretern verschiedener Interessengruppen, wie dem Gehörlosenverband und Rollstuhlfahrern, besteht. Er bedankt sich ausdrücklich bei der Behinderten- und Ausländerbeauftragten Heidi Seeling für ihre langjährige Koordination und Arbeit in der AG Behindertenhilfe.

Zudem verweist er auf eine Anfrage von Sven Gerbeth, die sich auf die Barrierefreiheit im Rathaus bezieht, und kündigt an, dass Frau Seeling die Arbeit der AG Behindertenhilfe sowie die Ergebnisse eines Barrierefreiheitstests vorstellen werde.

Heidi Seeling, Behinderten- und Ausländerbeauftragte der Stadt Plauen, beschreibt die AG Behindertenhilfe als einen Zusammenschluss von Stadträten, Vereinen und sachkundigen Einwohnern, die sich mit den Belangen von Menschen mit Behinderungen beschäftigen. Sie berichtet, dass die Arbeitsgruppe seit ca. 15 Jahren besteht und sich monatlich trifft, um Lösungsansätze für verschiedene Themen zu erarbeiten.

Sie hebt hervor, dass der Fokus der Arbeitsgruppe auf konstruktivem Handeln liegt. Sie erläutert, dass aus der AG Behindertenhilfe das Projekt der Barrierefreier hervorgegangen sei, welches in Zusammenarbeit mit der Diakonie Auerbach entwickelt wurde. Dieses Projekt ermögliche es Menschen mit Einschränkungen, öffentliche Einrichtungen, kulturelle Orte und Sportstätten auf Barrierefreiheit zu testen und Verbesserungsvorschläge zu machen.

Heidi Seeling führt aus, dass im Juni 2025 ein Test zur Barrierefreiheit im Rathaus durchgeführt wurde. Sie erklärt, dass die Ergebnisse der AG Behindertenhilfe vorgestellt und anschließend dem Oberbürgermeister sowie der Gebäude- und Anlagenverwaltung präsentiert wurden. Sie betont, dass Barrierefreiheit ein Menschenrecht sei, welches durch die UN-Behindertenrechtskonvention festgelegt und von Deutschland ratifiziert wurde.

Sie erläutert, dass Barrierefreiheit alle Personengruppen umfassen müsse, darunter Menschen mit Mobilitätseinschränkungen, Sehbehinderte, kognitiv beeinträchtigte und ältere Menschen sowie Familien mit Kinderwagen.

Ferner beschreibt Frau Seeling detailliert die Ergebnisse des Tests. Sie hebt hervor, dass der Zugang zum Rathaus für Rollstuhlfahrer barrierefrei sei, jedoch für Blinde und Sehbehinderte keine selbstständige Orientierung möglich sei. Sie kritisiert, dass die automatische Tür im Winter nicht funktioniere und die Eingangssäule, die Rollstuhlfahrern Hilfe signalisieren solle, schwer zu bedienen sei. Zudem sei die Kamera an der Eingangssäule so eingestellt, dass Rollstuhlfahrer nicht erfasst würden. Sie berichtet, dass der Treppenlift für Rollstuhlfahrer nur durch permanentes Drücken eines Knopfes bedienbar sei, was für viele Menschen mit Einschränkungen eine Herausforderung darstelle. Ein Leitsystem für Blinde fehle im gesamten Treppenhaus.

Weiter führt sie aus, dass im Rathaus keine ausreichenden Orientierungshilfen für Blinde und Sehbehinderte vorhanden seien. Es fehle an Leitsystemen zwischen dem Eingangsbereich, dem Informationsschalter und weiteren Räumen mit Publikumsverkehr. Sie bemängelt, dass es keine Informationstafeln gebe, die auf die Lage von Ämtern hinweisen, und dass die Gestaltung des Rathauses für Sehbehinderte wenig hilfreich sei. Zudem fehlten Sitzmöglichkeiten im Foyer. Sie weist darauf hin, dass die Wendeltreppe im Rathaus unzureichend gekennzeichnet sei und eine Gefahr für Blinde und Kinder darstelle.

Frau Seeling hebt die Freundlichkeit und Hilfsbereitschaft der Mitarbeiter im Bürgerbüro hervor. Sie kritisiert jedoch, dass der abgesenkte Tisch für Rollstuhlfahrer im hinteren Bereich des Büros nicht einsehbar sei und die Tresen zu schmal seien, um Gegenstände abzulegen. Der Kassenautomat sei für Rollstuhlfahrer und Kleinwüchsige nicht bedienbar, da die Eingabefächer zu hoch angebracht seien. Sie lobt die neu eingerichtete Kinderecke im Eingangsbereich.

Im Einwohnermeldeamt sei die Beschilderung unzureichend und der Automat zur Nummernvergabe für Rollstuhlfahrer und kleinere Personen nicht erreichbar. Sie weist darauf hin, dass die Schmutzfangmatten im Eingangsbereich Stolperfallen darstellen könnten, diese jedoch mittlerweile entfernt wurden.

Ferner berichtet Frau Seeling, dass die barrierefreie Toilette im Rathaus funktional sei, jedoch kleinere Anpassungen, wie die Bedienbarkeit von Knöpfen, erforderlich seien. Sie lobt die Straßenbahnhaltestelle vor dem Rathaus, die mit einer entsprechenden Ansage ausgestattet sei, sowie die vorhandenen Behindertenparkplätze. Sie weist jedoch auf Gefahrenstellen im Außenbereich hin, die insbesondere für Blinde eine Herausforderung darstellen könnten.

Bürgermeister Kämpf hebt abschließend hervor, dass die frühzeitige Einbindung der AG Behindertenhilfe in neue Projekte der Stadt eine wichtige Maßnahme sei, um Barrierefreiheit von Anfang an zu gewährleisten und nachträgliche Korrekturen zu minimieren.

Zusammenfassend wird deutlich, dass trotz positiver Aspekte wie der Freundlichkeit der Mitarbeiter und der grundsätzlichen Barrierefreiheit des Rathauses noch erhebliche Mängel bestehen, die dringend behoben werden müssen. Die Arbeitsgruppe Behindertenhilfe und die Stadtverwaltung sind sich der Herausforderungen bewusst und arbeiten an Lösungen, um die Barrierefreiheit in der Stadt weiter zu verbessern und die Bedürfnisse aller Bürgerinnen und Bürger zu erfüllen.

Sebastian Loik, sachkundiger Einwohner, weist darauf hin, dass Rollstuhlfahrer bei Veranstaltungen wie Stadtfesten oder dem Weihnachtsmarkt in Plauen keine adäquaten Möglichkeiten hätten, eine Toilette zu nutzen. Er erwähnt, dass die Stadtverwaltung plane, in der neuen Tourist-Information ein behindertengerechtes WC einzurichten, welches jedoch nur während der Öffnungszeiten zugänglich sei. Dies sei insbesondere problematisch, da Veranstaltungen wie der Weihnachtsmarkt oft nach 17:00 Uhr beginnen. Er fragt nach weiteren Lösungsansätzen, um dieses Problem zu beheben.

Frau Seeling, bestätigt, dass das Problem seit Jahren bekannt sei. Sie erwähnt, dass es barrierefreie Toiletten gebe, die unabhängig von Öffnungszeiten genutzt werden könnten, jedoch sei deren Umsetzung häufig mit finanziellen Hürden verbunden. Sie nennt als Beispiel mobile behindertengerechte Toiletten, die von Anbietern wie Dixi oder Toi Toi ausgeliehen werden könnten. Allerdings scheitere dies oft an den Kosten.

Stadträtin Steffi Liedtke, Fraktion Die Linke/Grüne ergänzt, ergänzt, dass die vorhandenen barrierefreien Toiletten im Lichthof schwer zugänglich seien. Sie beschreibt, dass beispielsweise der des Weihnachtsmarktes Hindernisse wie verlegte Leitungen oder enge Zugänge die Nutzung erschweren würden. Sie betont, dass das Thema sensibel sei und dringend eine Lösung erfordere, da es sich nicht um ein Randthema handele.

Bürgermeister Kämpf berichtet, dass die Stadt Plauen bereits Maßnahmen ergriffen habe, um die Situation für Menschen mit Behinderungen zu verbessern. Er verweist auf Fortschritte bei Sitz- und Unterstellmöglichkeiten auf Veranstaltungen und erwähnt, dass die neue Tourist-Information mit 85 % Fördermitteln finanziert werde.

Diese solle ein attraktives und barrierefreies Angebot bieten, das auch am Wochenende zugänglich sei. Er räumt jedoch ein, dass die vollständige Barrierefreiheit nicht erreicht werde und weitere Maßnahmen erforderlich seien. Er schlägt vor, Sponsoren oder Fördermittel für zusätzliche barrierefreie Toiletten zu gewinnen und regt an, das Thema in der Arbeitsgruppe weiter zu diskutieren, um die Bedürfnisse der Betroffenen besser zu verstehen.

Heidi Seeling betont, dass das Thema keine Option, sondern eine Notwendigkeit sei. Sie verweist darauf, dass ein erheblicher Anteil der Plauener Bevölkerung eine Behinderung habe oder älter sei, was die Dringlichkeit der Problemlösung unterstreiche.

Stadträtin Liedtke äußert sich positiv über die geplante barrierefreie Toilette an der Parkeisenbahn und regt an, ähnliche Maßnahmen auch in anderen Bereichen umzusetzen. Sie weist darauf hin, dass die Barrierefreiheit nicht nur für Menschen mit Behinderungen, sondern auch für ältere Menschen von Bedeutung sei. Sie nennt als Beispiel die Treppen am Rathaus, die für ältere Menschen eine Herausforderung darstellen könnten

Bürgermeister Kämpf entgegnet, dass das Rathaus über barrierefreie Zugänge verfüge, darunter eine Rampe und einen Fahrstuhl. Er betont, dass die neue Tourist-Information zentral gelegen sei und die Barrierefreiheit weiter verbessern werde. Er schlägt vor, die Möglichkeit eines Crowdfundings oder Sponsorings für zusätzliche barrierefreie Module zu prüfen. Zudem regt er an, die Öffnungszeiten der Tourist-Information bei Veranstaltungen wie dem Weihnachtsmarkt anzupassen, sofern dies personell möglich sei.

Stadträtin Liedtke schlägt abschließend vor, einen Inklusionstag auf dem Weihnachtsmarkt zu organisieren, um die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen besser zu berücksichtigen und die Akzeptanz solcher Maßnahmen zu testen.

Bürgermeister Kämpf begrüßt diesen Vorschlag und bedankt sich bei den Beteiligten für ihr Engagement.

4 Vorberatung

4.1 Antrag der Fraktion Die Linke/Grüne - Prüfung Etablierung einer "Quartierschule" ab dem Schuljahr 2026/2027 -, Reg.-Nr. 87-25 - Stellungnahme der Verwaltung

Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, leitet den Tagesordnungspunkt ein, der sich mit dem Antrag der Fraktion Die Linke/Grüne zur Prüfung und Etablierung einer Quartierschule ab dem Schuljahr 2026/27 befasst. Er kündigt an, dass die Stellungnahme vom Fachbereichsleiter Jugend/Soziales/Schulen/Sport Eric Hoffmann vorgetragen werde, und bittet zunächst die Antragstellerin Stadträtin Steffi Liedtke, die Intention des Antrags zu erläutern.

Stadträtin Steffi Liedtke, Fraktion Die Linke/Grüne, stellt den Antrag inhaltlich vor und erklärt, dass die Idee maßgeblich von Frau Fraktionsvorsitzenden Hänsel initiiert wurde, welche im schulischen Bereich tätig sei und auf Defizite in der Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts durch den Wegfall von Neigungskursen an Oberschulen hingewiesen habe.

Sie hebt hervor, dass das Modell der Quartierschule in Leipzig als Vorbild diene und insbesondere in bestimmten Stadtteilen, wie der Rückert-Schule, Grundschule Am Wartberg und der Hufeland-Schule geprüft werden solle, ob die Umsetzung dieses Modells in kleinerem Umfang möglich sei.

Eric Hoffmann, Fachbereichsleiter Jugend/Soziales/Schulen/Sport, erläutert die Stellungnahme der Verwaltung. So erklärt er, dass der Antrag darauf abziele, die Stadtverwaltung zu beauftragen, die Möglichkeit einer Quartierschule auf Probe zu prüfen. Ziel sei es, gesellschaftliche Aufgaben zu fördern, Verantwortung zu übernehmen und soziale Vernetzung zu stärken. Er erklärt, dass der Begriff „Quartierschule“ im sächsischen Schulgesetz nicht normiert sei, jedoch ein entsprechendes Modell im Leipziger Osten existiere. Dieses umfasse eine Oberschule und ein Gymnasium und sei als sozial-kommunikativer Knotenpunkt im Stadtteil konzipiert. Weiter hebt er hervor, dass die Planungen für die Leipziger Quartierschule 2013 begonnen haben und die Eröffnung 2024 stattfand. Er verweist auf die hohen Investitionen von rund 95 Millionen Euro, von denen 37 Millionen Euro Fördermittel von Land und Bund stammten.

Herr Hoffmann betont, dass eine vergleichbare Umsetzung in Plauen ebenfalls umfangreiche Vorbereitungen, Standortanalysen und Abstimmungen mit dem Landesamt für Schule und Bildung erfordere. Angesichts der aktuellen Herausforderungen wie Lehrermangel und Migration sei eine kurzfristige Realisierung nicht umsetzbar.

Er weist darauf hin, dass die Stadt Plauen bereits Ansätze zur Sozialraumarbeit verfolge, beispielsweise durch den Stadtteil-Arbeitskreis in Chrieschwitz. Er schlägt vor, die Intention des Antrags im Rahmen des Startchancenprogramms aufzugreifen, das über die nächsten zehn Jahre Fördermöglichkeiten für Schulen biete. Dabei könnten Maßnahmen zur sozialen Vernetzung und Kooperation zwischen Schulen in räumlicher Nähe umgesetzt werden, ohne eine zentrale Quartierschule zu etablieren.

Simone Schurig, Leiterin des Schul- und Sportreferates, ergänzt, dass sie nach einer Analyse der Stadtteilgebiete zu dem Schluss gekommen ist, dass in Plauen bereits viele Ansätze der Quartierschularbeit umgesetzt werden. Sie verweist auf die gute Vernetzung der Schulen mit Vereinen und anderen Akteuren im Rahmen von Ganztagsangeboten und betont, dass es wichtiger sei, bestehende Strukturen zu stärken, anstatt neue Konzepte einzuführen, die möglicherweise zu einer Überlastung der Schulen führen könnten. Sie schlägt vor, das Startchancenprogramm als separates Thema in einem der nächsten Ausschusssitzungen zu behandeln, um umfassend über Fördermittel und Maßnahmen zu informieren.

Bürgermeister Kämpf, hebt hervor, dass die Vernetzung in Stadtteilen wie Chrieschwitz und Haselbrunn bereits gut funktioniere und durch engagierte Akteure weiter vorangebracht werde. Er lobt die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Sportvereinen sowie die Bereitschaft der neuen Schulleiter, schulübergreifende Projekte zu fördern. Er betont, dass bestehende Strukturen weiter ausgebaut werden sollten, anstatt neue Bezeichnungen einzuführen.

Hinsichtlich der Bürokratie im „Startchancen“-Programm äußert er Bedenken und plädiert dafür, den Schulen mehr Entscheidungsfreiheit bei der Mittelverwendung zu geben. Er kündigt an, dass Frau Schurig in einem der nächsten Ausschüsse die Position der Stadt Plauen zu diesem Thema darlegen werde.

Stadträtin Liedtke stimmt den bisherigen Ausführungen zu und berichtet, dass sie sich nach Rücksprache mit Frau Hänsel ebenfalls für die vorgeschlagene Vorgehensweise ausspreche.

Stadtrat Sebastian Heydel, CDU-Fraktion, hebt die Bedeutung lokaler Vernetzung hervor und nennt als Beispiel das Stadtteilprojekt in Chrieschwitz, bei dem viele Akteure zusammenarbeiten. Er berichtet von einem Projekt namens "Old and Gold" am Evangelisch Beruflichen Montessori Gymnasium, bei dem die Schüler der 12. Klasse wöchentlich Zeit mit Senioren verbringen. Dieses Projekt namens "Old and Gold", das keine finanziellen Mittel erfordere, sei ein gelungenes Beispiel für generationsübergreifendes Lernen und könne als Vorbild für ähnliche Initiativen dienen.

Bürgermeister Kämpf lobt das von Stadtrat Heydel vorgestellte Projekt und schlägt vor, es in der Breite zu etablieren, um Themen wie Einsamkeit und generationsübergreifendes Lernen zu fördern. Er kündigt an, die Idee in die nächste Schulleiterberatung einzubringen.

Fraktionsvorsitzender Michael Petzold, CDU-Fraktion, bestätigt, dass in Stadtteilen wie Haselbrunn ebenfalls bereits viele niederschwellige Angebote existieren, die gut funktionieren. Die Rückerschule und der Markuskeller sind seit Jahren gut vernetzt. Er spricht sich dafür aus, diese Angebote weiter auszubauen und unbürokratisch zu gestalten, anstatt neue Strukturen zu schaffen.

Bürgermeister Kämpf fasst zusammen, dass die Verwaltung sich des Antrags annehmen und dessen Intention als Schwerpunkt in das „Startchancenprogramm“ einfließen lassen werde. Er betont, dass die bestehenden Strukturen in Plauen bereits viele Elemente der Quartierschularbeit beinhalten und dass es wichtig sei, diese weiter zu stärken und auszubauen. Er fragt Stadträtin Liedtke, ob sie mit diesem Vorschlag einverstanden ist oder den Antrag abstimmen lassen möchte.

Stadträtin Liedtke ist mit dem Vorschlag des Bürgermeisters einverstanden und nimmt es in ihre Fraktion mit.

Es erfolgt keine Abstimmung des Antrages.

5 Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

Es gibt keine Anfragen.

Plauen, den

Plauen, den

Tobias Kämpf
Bürgermeister GB I

Cornelia Erhardt
Stadträtin

Plauen, den

Plauen, den

Ellen Rotaj
Schriftführerin

Michael Petzold
Stadtrat

Die Niederschrift wurde unter Verwendung einer KI-gestützten Software (SpeechMind) erstellt. Der Inhalt wurde durch die Schriftführerin geprüft.